

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

24.3.1924 (No. 79)

Badischer Beobachter



Bezugpreis: monatlich durch Läger Nr. 230 (bei der Abtheilung in Karlsruhe Nr. 220), wöchentliche Einzelnummer 10 Pfg. Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsabschluss erfolgen. Anzeigenpreis: 1 Spalte, 1 mm hoch, 8 Pfg. im Reklamenteil 25 Pfg. Klein- und Familienanzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Rabatt. Der bei unangenehmer Dretzung und bei Forderung wegfällt.

62. Jahrgang

Karlsruhe, Montag, den 24. März 1924

Nr. 79

Sicherheitsfragen und das andere Frankreich.

(Opposition gegen Poincaré.)

Von G. Hüster, Bonn a. Rh.

Man kann beobachten, daß mehr und mehr führende Köpfe in der französischen Intelligenz Anstoß nehmen, in dem Blatte Marc Sangnier's, des Führers der französischen Friedensfreunde, über die deutsch-französischen Streitfragen sich kritisch auszusprechen, und gegen Poincaré.

In diesen Tagen, da Poincaré anscheinend wieder mit Nachdruck die Sicherheitsfrage vor wenn nicht über das Reparationsproblem stellen will, greift ein Nationalökonom von Auf, wie Prof. G. H. Gide, zur Feder, um in einer in gegenwärtiger psychologischen Situation sehr mutigen Betrachtung Poincaré an gewisse Grundregeln der Rechtfertigung zu erinnern.

Er schreibt in Marc Sangnier's Blatt am letzten Sonntag (La jeune République, Nr. 197): „Macdonalds betonte in seinem Briefe an Poincaré: ... Frankreich wünscht Sicherheit. Für mich ist die Sicherheitsfrage nicht eine französische, sondern eine europäische, die gleichermaßen auch England, Deutschland u. a. angeht.“

„An dem Tage, da Frankreich seiner Ruinen ledig und gegen jeden Angriff sichergestellt ist, wird auch der ganze übrige Kontinent alle Garantien für seine Sicherheit haben.“

Ich fürchte nun, Poincaré hat Macdonald nicht verstanden, oder besser, nicht verstehen wollen. (1.) Erklären wir also Macdonalds Meinung mit allem Freimut und mit der — jenseitigen — brutalen Offenheit, die für gewöhnlich im Diplomatenverkehr nicht üblich ist:

Marx über die Zentrumspolitik.

Rede des Reichskanzlers Marx.

Elberfeld, 24. März.

In der gestrigen Versammlung der Zentrumspartei in der Stadthalle hielt Reichskanzler Marx eine einstündige Rede. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einer kurzen einleitenden Rede des Vorsitzenden der Zentrumspartei Elberfelds führte der Reichskanzler etwa folgendes aus:

Der Reichstag ist aufgelöst. Das deutsche Volk soll sich selbst eine gegebene Vertretung geben. Wenn soll der deutsche Staatsbürger seine Stimme geben? Das ist die Gewissensfrage, die von uns allen benachteiligt beantwortet werden muß. Ueberlegen wir uns leidenschaftslos und ohne Voreingenommenheit, was das Ziel unserer politischen Betätigung ist angesichts der Lage von Volk und Vaterland. Es kann nur eins sein:

Die Aufrechterhaltung der Reichseinheit und die Wiederaufrichtung unserer in die Irre und in den Wirren der Revolution zu Boden gesunkenen Völker. Dieses Ziel hat dem Zentrum und den von ihm maßgebend beeinflussten Regierungen der letzten Jahre vorgegeben. Alle Kraft hat es für die Erreichung dieses Ziel eingesetzt.

Welche Außenpolitik sollen wir treiben, um das gesteckte Ziel zu erlangen? Daß der Versaillesvertrag untragbar ist, ist klare Einsicht des Volkes. Kein Wunder, daß ein Teil des Volkes die Aufhebung gegen die Bestimmungen dieses Vertrags mit aller Macht verlangt. Was würden die Folgen sein, wenn dieser Weg eingeschlagen würde? — Rücksichtslos bis zum Neufieren würde der Sieger seine Kraft anwenden und stets angewandt haben, falls wir mit großer Geistes- und Willensstärke der uns auferlegten Verpflichtungen abgelehnt hätten. Das Zentrum hat sich entschlossen, den Versuch zu machen, die schweren Lasten des Versaillesvertrags bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu tragen.

„Nach einem Hinweis auf das schwere Los der heldenmütigen Bevölkerung an Rhein und Ruhr und nach warmen Worten des Dankes für ihre unerschütterliche Treue führte der Kanzler weiter aus: Trotz der Lehren, die jeder aufrichtige Deutsche aus der bitteren Erfahrung des positiven Widerstandes an Rhein und Ruhr ziehen muß, träumen wir nicht die Verwirklichung noch von bewaffnetem Widerstand. Weit mehr scheint mir echt nationale Gesinnung zu sein, mit kaltem nüchternem Verstand die Lage unseres unglücklichen Vaterlandes zu betrachten und ohne Parteihaftigkeit und Parteilichkeit geschlossen den offeneren und ehrlichen Weg der Erfüllung der unabwehrbaren harten Verpflichtungen zu gehen.“

„Das ist weit eher Bestimmung als Erfüllungspolitik. Hoffen wir, daß das neue Parlament in seiner Mehrheit erkennt, daß die Reparationsfrage zur endgültigen Erledigung zu bringen einmütig in dem hohen, nationalen Ziel, durch materielle Opfer zur nationalen, kulturellen Frankreich und Deutschland sich gegenseitig Garantien geben gegen jeden Angriff, würden zweifellos auch die Angehörigen ihre geben und wohl gerne gar Bürgen sein für solche gegenseitigen Verpflichtungen.“

„Wenn aber Frankreich dabei beharrt, seine 'Sicherheit' in unbeschränkter und zeitlich unbegrenzter Besetzung rheinischer Provinzen oder gar des Ruhrgebietes zu sehen, wird es über kurz oder lang allein, einem wiedererwachten, wiederergründeten und aufgebendenden Deutschland sich gegenübersehen — und dann wird die militärische Rheinbarriere es nicht retten können!“

„und wirtschaftlichen Freiheit zu kommen. Eine deutsche Partei allein vermag die ungeheuren Aufgaben, die die Zukunft bringen wird, nicht zu meistern. Deshalb muß auch das Zentrum sich nach Bundesgenossen umsehen. Wer soll ihm Bundesgenosse sein? Wir sind bereit, mit jeder Partei zusammen zu arbeiten, die mit uns positive Arbeit zum Segen des Ganzen und des Einzelnen zu leisten gewillt ist. Nationale Politik ist unserer Ueberzeugung nach auch die Einheit des Reichs zu schützen und zu sichern auf dem Boden der in Weimar beschlossenen Verfassung. Die Treue des Zentrums zur deutschen Republik hat sich darin bewährt, daß es stets bereit war, seine Männer zur Verfügung zu stellen, wo es galt, verantwortungsvolle Wemter zu besetzen. Das Zentrum hat dabei stets über die Partei das Vaterland gestellt. Stolz erfüllt das Zentrum, daß es die einzige Partei ist, die seit der Revolution noch niemals ihre Unterstützung der Regierung verweigert hat.“

Der Reichskanzler ging dann in großen Zügen auf das Verdienstwerk der Reichsregierung ein und sagte weiter: Eine gesunde Wirtschaft ermöglicht allein die materielle und kulturelle Wohlfahrt unterm Volk. Die Förderung der Produktion stelle starke Anforderungen an alle Wirtschaftskreise, insbesondere an die Arbeitnehmer. Die Zentrumspartei empfindet es entsprechend ihrer Tradition als eine sittliche Pflicht, das harte Los der arbeitenden Bevölkerung zu erleichtern, sobald die Möglichkeit dazu besteht.

„Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen verabschiedete der Reichskanzler, daß die Zentrumspartei gleich nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags geeignete Schritte unternehmen würde, um ein den Wünschen des christlichen Volksteils entsprechendes Schulgesetz zustande zu bringen. Der Reichskanzler schloß: Ueber lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes wird der nächste Reichstag entscheiden müssen. Wenn die radikalen Parteien von Rechts oder Links eine starke Vermehrung ihrer Mitglieder erfahren, dann sind die Folgen unabsehbar. An das deutsche Volk kann nur die Aufforderung ergehen: Sorge dafür, daß der Radikalismus von Links oder Rechts nicht über Deutschlands Zukunft bestimmt; Sorge dafür, daß ein arbeitsfähiger Reichstag zustandekommt. Erfülle, deutsches Volk, bei den kommenden Wahlen deine Pflicht. In deiner Hand sind deines Schicksals Sterne!“

Die Rede des Reichskanzlers wurde mit stürmischen Beifallskundgebungen aufgenommen. Mit Hochrufen auf das deutsche Vaterland und dem Deutschlandlied fand die Versammlung ihren Abschluß.

Vor der Stadthalle harrte eine tausendköpfige Menge auf den Reichskanzler und bereitete ihm spontane Ovationen; dieser ergriff hier nochmals das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er betonte, daß er und die Regierung das Neueste aufbieten würden, um das Rheinland nicht im Stich zu lassen und die Freiheit des Reichs zu erhalten. Die Kundgebung wurde mit dem brausenden Gesang des Deutschlandliedes beschlossen.

Reichstag im besetzten Gebiet ungestört erledigt. Besprechungen wegen eines Austausches des französischen Hauptmanns d'Armont gegen deutsche an der Ruhr festgenommenen Geiseln sind bereits seit einigen Tagen im Gange.

Annahme der französischen Finanzgesetze im Senat. Paris, 24. März. Der Senat hat am Samstagabend die Finanzprojekte der Regierung endgültig mit 151 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Kammer erklärte sich hierauf ihrerseits mit dem vom Senat abgeänderten Text mit 370 gegen 172 Stimmen einverstanden. Man nimmt an, daß Präsident Millerand heute seine Unterschrift unter die Finanzmaßnahmen setzen wird, die damit Gesetzeskraft erlangen.

Die Bluttat in Irland. London, 24. März. Ueber die Lage in Irland verlautet nichts Neues. Die maßgebenden Vertreter der irischen Nationalisten verurteilen einmütig das bei Queenstown begangene Verbrechen. Die Attentäter konnten bisher nicht ergriffen werden. Die englische Regierung hat einen zweiten Verstärker nach Queenstown entsandt. Es heißt, die englische Regierung beabsichtige nicht, irgendwelche Vergeltungsmassnahmen zu ergreifen. Sie erachtet vielmehr, die irische Regierung sei stark genug, um entsprechende Maßnahmen zur Abwendung des Verbrechens zu beschließen, das die junge irische Republik mit einem Mafel befallen würde.

Verlängerung der Dienstpflicht in der Roten Armee.

Moskau, 24. März. Das Zentralerziehungs-Komitee der Sowjetunion hat, wie Tschechija meldet, als Dienstzeit für die Marine und Staatspolizeitruppen 4 Jahre, für die Fliegerbesatzungen 3 Jahre und für die übrigen Truppenteile, den Stab und die Militärbehörden zwei Jahre festgelegt.

Die württemb. Landtagswahlen. Stuttgart, 23. März. Nach einer Vereinbarung unter den Landtagsparteien werden die Neuwahlen zum Württembergischen Landtag am Tag der Reichstagswahl, 4. Mai, stattfinden.

Demokratischer Parteitag. Elberfeld, 24. März. Reichsminister a. D. Koch und Reichstagsabgeordneter Erkelens trafen hier gelegentlich des Reichstagswahlkampfes Wahlkampfvereinigungen im Vereinsbureau, Reichsminister a. D. Koch erläuterte in einstündiger Rede die demokratische Politik gegenüber den Tagesfragen und wandte sich insbesondere gegen die Kriegsschuldfrage. Redner polemisierte insbesondere auch gegen die sozialdemokratische Politik, die in ihrem vielfachen Zusammengängen mit den Kommunisten dem demokratischen Gedanken großen Schaden zugefügt habe. Darauf sprach Abg. Erkelens, der besonders betonte, die Bevölkerung Rheinlands und Westfalens sei von wahrer Reichseinheit erfüllt und hat keinerlei partikuläre Interessen. Das beste Gebot leide für die deutsche Sache, für die Demokratie, für die Arbeitsgemeinschaft und Volksgemeinschaft.

Einigung im Hamburger Hafenarbeiterstreik. Hamburg, 24. März. Die Einigungsverhandlungen im Hafenarbeiterstreik, die am Samstag unter dem Vorfluß des Reichsarbeitsministers Brauns im Rathaus ihren Anfang genommen haben, haben in später Abendstunden zu einer Einigung geführt. Die beiden Parteien erklärten nach dreizehntägigen Verhandlungen, daß sie sich der Entscheidung des Reichsarbeitsministers unterwerfen. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin folgenden Spruch gefällt: „Der Schiedsrichter des Schlichters Hamburg vom 18. März wird beauftragt, die Arbeit zum Dienstag, den 25. März, wieder aufgenommen.“

Zum Ableben des tschechischen Gesandten. Berlin, 24. März. Der Reichspräsident hat an die Witwe des Samstag verstorbenen tschechischen Gesandten Tuxa das nachstehende Beileidschreiben gerichtet:

„In tiefer Beuegung vernehme ich die Trauernachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres von mir hochverehrten Gatten, der mir auch seit langen Jahren persönlich nahegestanden hat. Aus einer glänzenden Laufbahn hat ihn ein jähes Geschick seinem Vaterlande, dem er in den hervorragendsten Stellungen seine ganze Kraft widmete, allzusehr entrissen und seinem ehelichen Streben und rastlosen Schaffen ein vorzeitigendes Ende gesetzt. Ich bitte Sie, verehrte gnädige Frau, meiner und meiner Frau herzlichsten Teilnahme versichert zu sein.“

„Ebenso haben der Reichskanzler und der Reichsaussenminister der Gemahlin des Verbliebenen ihre warmste Teilnahme zum Ausdruck gebracht. Nach dem Samstag erfolgten Ableben des tschechischen Gesandten Tuxa werden die Geschäfte der Gesandtschaft bis auf weiteres von dem Legationsrat Dr. Sabelock geführt.“

Die Krankenschwester als Massenmörderin.

Berlin, 24. März. Ein Kriminalfall ist infolge einer Anzeige des Kammergerichts anlässlich eines Erbschaftsprozesses durch die Polizei aufgedeckt worden. Die 33jährige Frau Emma V. wurde unter dem dringenden Verdacht des vierfachen Mordes inhaftiert. Die Verhaftete, eine frühere Krankenschwester, wird beschuldigt, ihren ersten Ehemann, dessen Bruder und Mutter vergiftet und ihren zweiten Mann erschossen zu haben.

„Der Geist unserer Politik muß hervorgehen aus den Quellen, aus denen wir überhaupt unsere Kräfte schöpfen: Aus der christlichen Weltanschauung. Diese Weltanschauung macht es uns zur sittlichen Pflicht, daß wir in keinem Augenblick unserer Geschichte, vor allem dann nicht, wenn sie nach einer noch so großen Katastrophe neu anhebt, daß wir in keinem Augenblick des vaterländischen Unglücks die Hände in den Schoß legen. Und noch viel weitergehend: In keinem Augenblick darf die Zentrumspartei aus parteipolitischen Erwägungen sich vor der Verantwortung drücken. Wer sich vor Verantwortung drückt, braucht von sittlichen Anschauungen nicht mehr zu reden, denn nur in dem Geist der Verantwortung kann man überhaupt das, was man christliche Weltanschauung nennt, manifestieren.“ (Reichskanzler Dr. Brüning auf dem 2. Reichstagsparteitag der Deutschen Zentrumspartei 15.-17. 1. 1922.)

Table with 3 columns: Date, Price, and other details. Includes entries for 22. März and 23. März.

22. März. Lagerndes Tiefdruckgebiet hat überall leichte Regen- und windige Wetter. Im südlichen Deutschland dauern noch an. Unter dem Einfluss des Zentrums über dem Mittelmeer hat sich die Aufwindbildung durchgehend, in den nächsten Tagen anhaltend. Die Temperatur wird sich erhöhen, die Bewölkung zunehmende Bewölkung.

noch die Stimmung nicht mit der Staat. Das ist aber nicht bei allen Schichten und Kreisen. Die Stimmung ist aber nicht bei allen Schichten und Kreisen. Die Stimmung ist aber nicht bei allen Schichten und Kreisen.

„Ganz anders sieht es aus, wenn man sich von der Seite der Arbeiter und Arbeiterinnen her anschaut. Hier ist die Stimmung eine andere. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind von der Seite der Arbeiter und Arbeiterinnen her anschaut. Hier ist die Stimmung eine andere.“

